

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Köhler Elisabeth, Sturm, Hartenstein**
und Fraktion **BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**

Epidemiologische Studie um die Atommüll-Verladestelle Gochsheim

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. dafür zu sorgen, daß in der unterfränkischen Gemeinde Gochsheim ab sofort keine Atommüll-Behälter mehr verladen werden.
2. unabhängige Wissenschaftler zu beauftragen,
 - für Gochsheim und Umgebung eine epidemiologische Studie zu erstellen, um mögliche Häufungen von Krebserkrankungen und Fehlbildungsraten aufzuklären;
 - sofort Analysen von Boden und Vegetation an der Verladestelle Gochsheim durchzuführen, um mögliche radioaktive Kontaminationen zu beseitigen.

Begründung:

In Gochsheim – eine der skandalösesten Umladestellen Deutschlands – werden die Atom-Müllbehälter in unmittelbarer Nähe zu Wohnhäusern, Gärten, einem Lokal mit Gartenbetrieb, einem Lebensmittelmarkt und einem Kindergarten, auf die Schiene verladen. Zwei Personen, die unmittelbar an der Verladestelle wohnen, sowie zwei weitere Bewohner im Umkreis sind mittlerweile an Blutkrebs erkrankt. Eine ortsansässige Ärztin sprach bei einer Pressekonferenz im Gochsheimer Rathaus außerdem von einer auffällig hohen Zahl von Brustkrebserkrankungen. Die Bürgerinitiative vor Ort, die an der Verladestelle selbst eine Meßstation betreibt, stellt bei jedem Verladevorgang eine Erhöhung der Gamma-Strahlenwerte um bis zum 10-fachen des Normalwertes fest. Wie sich jetzt erst herausstellte, waren sowohl leere als auch beladene Transportbehälter auf der Außenseite kontaminiert. Das hessische Umweltministerium berichtete über einen „hot spot“ (10 µSv/h bzw. 50 000 Bq/cm²) auf einem im KKG verwendeten Transportgestell.

Im 15-km Umkreis des AKW Grafenrheinfeld liegt die Zahl der bösartigen Neubildungen insgesamt höher als im Durchschnitt Bayerns. Nachdem Umweltminister Dr. Goppel auf eine Schriftliche Anfrage Drs. 13/11254 antwortete, keine weitere Fallkontrollstudie zur Aufklärung der erschreckenden Ergebnisse der BfS-Studie in Auftrag geben zu wollen: „Wie der Vergleich der Studienergebnisse für tatsächliche Standorte von Kernkraftwerken und für die lediglich im Standortsicherungsplan ausgewiesenen Standorte zeigt, lassen sich gefundene erhöhte Erkrankungsraten nicht mit der Emission radioaktiver Stoffe erklären. ... Derartige Ereignisse sind auch an beliebigen anderen Orten zu erwarten und rechtfertigen nicht eine äußerst aufwendige und langwierige Fallkontrollstudie“, wird eine epidemiologische Untersuchung für Gochsheim beantragt, um mögliche Häufungen von Krebserkrankungen und Fehlbildungen aufzuklären.

Die unterbewertete biologische Wirksamkeit von Neutronenstrahlen ist das eine, die seit 12 Jahren verschwiegene Außenkontamination der Transportbehälter das andere, die jetzt bekanntgewordene Verstrahlung des Transportgestells mit 50 000 Becquerel pro Quadratmeter (10 µSv/h) zwingt unverzüglich zum Handeln. Nachdem nicht mehr ausgeschlossen werden kann, daß auch der unbefestigte Boden an der Verladestelle Gochsheim und/oder die Vegetation dort radioaktiv kontaminiert sein kann und durch Aufwirbelungen von der anwohnenden Bevölkerung inkorporiert werden könnte, soll eine Untersuchung angeordnet werden, um eine mögliche Dekontamination in die Wege zu leiten.